

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 120 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Petit-Zeile 15,00 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15, Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

### Förderer der Revolution

Im Sinne eines gewaltigen Umsturzes sind die französischen Imperialisten. Durch ihre Besetzung des Ruhrgebiets glauben sie den größten Teil des west- und mitteleuropäischen Proletariats in die französische Sklaverei zwingen zu können. Die ertragreichsten Erzgebiete hat Frankreich bereits in Händen. Es hofft auf dem Metallmarkt der ausschlaggebende Faktor zu werden. Dazu braucht die französische Industrie die Kohlen des Ruhrgebiets. Frankreich wird zweifellos weiter gehen, als man heute erleben kann. Um zum Ziele zu kommen, wird es vor der Abtrennung des kohlenreichsten Gebiets von Deutschland nicht zurückschrecken. Daß Frankreich nicht danach fragt, ob der deutschen Industrie die Kohlen fehlen und ob die deutsche Arbeiterschaft in die Arbeitslosigkeit getrieben wird, steht fest. Das gerade erstrebt ja der französische Imperialismus, und zu diesem Zwecke hat er seinen noch vom Weltkrieg blutlechenden Militarismus vorgeführt.

Die deutschen Bergarbeiter sollen unter der Faust des Militarismus Kohlen fördern für die französische Industrie, die in demselben Maße aufblühen soll, wie die deutsche Industrie zusammenbricht. Die deutsche gut geschulte Arbeiterschaft wäre dann gezwungen, auszuwandern, und was läge näher als nach Frankreich, um in dessen aufblühender Industrie Arbeit zu nehmen unter Bedingungen, wie sie eben ein übermütiger Sieger diktiert. Außerdem hoffen die französischen Diktatoren durch das wirtschaftliche Elend in Deutschland zu einer gewaltigen sozialen Revolution zu kommen und damit die Zerreißung der deutschen Republik in verschiedene Kleinstaaten zu erreichen. Aber die Dinge sind damit nicht abgeschlossen. Gelänge der Plan der Franzosen vollständig, so würde Frankreich zweifellos wirtschaftlich und damit auch weltpolitisch ein erster Machtfaktor. Die französische Industrie würde sich gewaltig entwickeln, wenn — ja wenn durch das fast völlige Ausschneiden Deutschlands aus dem Welthandel nicht schwere Wirtschaftsstörungen in der Welt überhaupt die Folgen der französischen Politik wären.

Etwas anderes ist noch beachtenswert. Frankreich wäre bei Ausdehnung seiner Industrie auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Vermutlich nehmen die französischen Kapitalisten an, daß die ausländischen Arbeiter rechtlos und damit außerstande wären, gegen den Übermut des französischen Kapitalismus anzukämpfen. Hierin dürften sich die Herren verrechnen. Bei der hier vorausgesetzten Entwicklung würde Frankreich der Hauptherd der letzten Auseinandersetzungen zwischen der alten und der kommenden Wirtschaftsordnung. Allerdings muß zugegeben werden, daß sich diese Entwicklung zwangsläufig vollzieht, wenn es nicht gelingt, den Dingen eine Wendung zu geben. Es ist sehr wohl möglich, daß Frankreichs Politik so viele neue Probleme auslöst, die zu lösen es selbst nicht mehr imstande ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die übrigen Staaten der Welt — insbesondere die führenden — mehr und mehr den Abgrund erkennen, dem die Politik Frankreichs zusteuert, und in den es alle anderen Staaten mit hineinzieht. Dadurch — vielleicht — wird Frankreich isoliert von der übrigen Welt, und ein solches Staatenwesen vermag auf die Dauer nicht zu leben.

Wäre Deutschland ein Staat wie etwa Belgien, dann könnte es gelingen, das deutsche Volk dem französischen Machtstreben unterzuordnen. Aber ein Volk in der Zahl wie das deutsche ist nicht auszuweichen.

Bis jetzt hat das Vorgehen Frankreichs dem deutschen Volke — ausgenommen die Wucherer, Schieber und Betrüger — eine ungeheure Leinerung gebracht. Die Entwertung der Mark hat die arbeitende Bevölkerung schwer getroffen. Trotzdem glauben manche Unternehmer Lohnforderungen rundweg ablehnen zu können. Ein solches Verhalten könnte nur geeignet sein, die Frage aktuell werden zu lassen, ob in der gegenwärtigen Zeit es überhaupt noch Deutsche geben darf, die auf Kosten ihrer Mitmenschen sich wirtschaftliche Sonderprivilegien sichern.

Wir wissen nicht, was uns in nächster Zeit bevorsteht. Nur das eine steht fest, wir gehen einer schweren Zeit entgegen. Und in dieser schweren Zeit muß man erleben, daß die reichsten Bauern, die seither nicht imstande waren, den in ihrem Besitz befindlichen Grund und Boden selbst zu bearbeiten und ihn deshalb an Lauberkolonisten verpachtet hatten, jetzt überall versuchen, durch Urteil in den Besitz ihres für sie über-

flüssigen Landes zu kommen. Das hat so viel Verbitterung ausgelöst, daß es Zeit wäre, diesem Beginnen behördlicherseits Einhalt zu gebieten. In den Versammlungen der selbstberufenen Kleinpächter wird offen die Frage gestellt, ob die ländlichen Grundbesitzer die französischen Nachbarn an Rücksichtslosigkeit übertreffen wollen.

Nachstehend ein Schreiben des sogenannten Aktionsausschusses der SPD. an den Geschäftsführer der Zahlstelle Speier.

Speier, den 28. Dezember 1922.

Herrn Philipp Schwarz

Hier.

Werter Genosse!

Der Aktionsausschuß unserer hiesigen Ortsgruppe hat in der Sitzung vom 27. d. M. unter Hinzuziehung eines Vertreters der Bezirksleitung Pfalz über die Verhältnisse in der hiesigen Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes Stellung genommen. Die Mitglieder derselben, soweit sie unserer Partei angehören, wurden durch die Genossen H. Weber und G. Bayer unter ausdrücklicher Betonung der Wichtigkeit und Unausweichbarkeit der dort zu fassenden Beschlüsse hingewiesen, die auch ausgeführt werden müssen, ob diese Mitglieder in der Sitzung anwesend wären oder nicht. Außer dem Genossen Bayer war jedoch niemand von der Ortsverwaltung erschienen. Infolge der Dringlichkeit der zur Entscheidung stehenden Fragen konnte eine Verschiebung nicht mehr zugelassen werden. Die äußerst gründlich geführte Debatte ergab die volle Verurteilung der von unseren Genossen in der Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes geleisteten Arbeit, da sich diese nicht im Rahmen oppositioneller Gewerkschaftsarbeit bewegte. Insbesondere war es die Tätigkeit des Genossen Schwarz, die nicht scharf genug getadelt und verworfen werden konnte. Sämtliche Anwesende waren sich darin einig, daß die Partei vor dem Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sowohl als unseren eigenen Mitgliedern nicht mehr länger die Verantwortung für die Tätigkeit des Geschäftsführers dieses Verbandes übernehmen kann. Die damalige Wahl des Genossen Schwarz als Geschäftsführer war dem Vorschlag unserer Fraktion im Fabrikarbeiterverbande zuzuschreiben, welche dadurch, im Gegensatz zu der arbeitgemeinschaftlichen und diktorischen Gewerkschaftsbürokratie dem Willen der Mitgliedschaft, vor allem zu ihrem freien Selbstbestimmungsrecht in allen Fragen des Gewerkschaftslebens, verhelfen wollte. Die Ortsverwaltung hatte also an der Revolutionierung des Fabrikarbeiterverbandes mitzubissen, wenn anders sie nicht enttäuschen sollte. Leider erwies sich die in die Person des Genossen Schwarz gesetzten Hoffnungen in jeder Beziehung als nicht zutreffend und, wie wir uns anlässlich des letzten Anleitertreiks überzeugen konnten, auch als nicht erfüllbar. Durch die Haltung des Genossen Schwarz ist die ganze Revolutionierungsabsicht bis weit in die Kreise anderer Verbände in Mißkredit gebracht worden und die Partei in schwere Bedrängnis geraten. Arbeiter aller Parteien und sonstigen Vereinigungen sprechen sich unseren Vertrauensleuten gegenüber in größter Entrüstung über die Haltung des hiesigen Fabrikarbeiterverbandes im verlorenen Streik in der Anleit aus und verlangen von ihnen schnellste Abstellung. Um weiteren Erschütterungen des Verbandes sowohl als der Partei vorzubeugen, hat der Aktionsausschuß nun den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Genossen Schwarz wegen nachgewiesener Unfähigkeit von der ihm seinerzeit übertragenen Stelle des Geschäftsführers im Fabrikarbeiterverbande zurückzuberufen. Der unterzeichnete Genosse ist angewiesen, dem Genossen Schwarz davon Mitteilung zu machen und etwa gewünschte nähere Erläuterungen zu geben.

Der Aktionsausschuß sowie der Bezirksvertreter hoffen, daß sich Genosse Schwarz diesem Beschluß ebenso bereitwillig fügt, wie er sich bei seiner Verjagung durch die Verbandsfraktion gefügt hat, den Posten zu übernehmen. Die diesbezügliche Erklärung des Genossen Schwarz an den Unterzeichneten muß bis zum 31. d. M. abgegeben sein, damit wir weitere Dispositionen treffen können.

Mit kommunistischem Gruß!

SPD., Ortsgruppe Speier, Aktionsausschuß.  
J. U.: gez. H. Weber.

Das ist ja geradezu köstlich. Die kommunistische Partei kann für die Tätigkeit eines Geschäftsführers im Fabrikarbeiterverband die Verantwortung nicht länger tragen, weil dieser Geschäftsführer nicht gewillt war, kommunistisch politischen Blödsinn im Verbandsausführung. Unsere Kollegen in Speier müssen schnellstens die Kommunisten von dieser Verantwortung in der geeigneten Weise befreien. Ist es nicht skandalös, daß diese Frechlinge sich unterstellen, einen Gewerkschaftsbeamten zu rektifizieren, weil er nicht zur Zufriedenheit der Partei gearbeitet hat? Den kommunistischen Mitgliedern in der Ortsverwaltung der Zahlstelle Speier wird das Mißtrauen ausgesprochen, weil sie sich nicht oppositionell betätigt haben, d. h. weil sie sich nicht als Radaubruder aufgeführt, weil sie zu vernünftig waren. Das Selbstbestimmungsrecht will die kommunistische Partei unseren Mitgliedern verschaffen, d. h. sie haben einfach zu tun, was die Partei bestimmt. Weil die kommunistische Parteileitung über das Verbandsleben selbstbestimmen will, deshalb redet sie von Selbstbestimmungsrecht.

Interessant ist der Hereinfall der Hansdampf-Partei bei der Wahl des Kollegen Schwarz zum Geschäftsführer unserer Zahlstelle. Weil er die Pfälzer kommunistischen Parteihäuptlinge an Intelligenz und Ehrlichkeit übertrug, hat er an verantwortlicher Stelle sehr bald herausgefunden, was den Interessen der Mitgliedschaft dienlich ist, und hat danach gehandelt. Aber gerade seine Vernunft macht ihn für die Kommunisten unsäglich. Die Fähigkeit eines Kollegen sehen die kommunistischen Wild-Westmänner in der Unterwerfung unter ihr Diktat — Selbstbestimmungsrecht genannt —, mag der Betreffende sonst noch so bodenlos dümm sein. Das ist kein Nachteil, sondern eine Empfehlung. Die Unfähigkeit, Anstanz zu machen, soll also dem Kollegen Schwarz seine

### Das Lied der deutschen Republik!

Von Robert Gög (Müllbach)

Du droht mit Schmach und Schande  
Und lüchlichem Verrat  
Dem deutschen Vaterlande.  
Ein herrisches Diktat!  
Du spüßst die Faust im Nacken,  
Doch senke nicht den Blick,  
Dich soll nicht Schwachheit packen,  
Du deutsche Republik!

Stark war vom Blut der Brüder  
Die weiße Erde rot,  
Da ging der Vorhang nieder:  
Das Spiel der Todesnot  
Fand draußen dann sein Ende —  
Dahel ein Fünkchen Glück  
Verband die Schwielenhände: —  
Heil, junge Republik!

Der Bauer griff zum Pfluge,  
Da wuchs der Rehrainalm —  
Dort drang aus jeder Fuge  
Der Esse heißer Qualm.  
Ja, Pflug und Amboss schufen —  
Es war kein Trug und Erick —  
An den Rysenhäusersteinen  
Die deutsche Republik!

Die Volkheit sollst du bringen!  
Kein innerer Zerfall  
Dem Irwan soll gelingen  
Mit Lehren ohne Schall.  
Nur die sich fleißig regen,  
Die fügen dein Geschick:  
Aus Arbeit quillt der Segen,  
Du junge Republik!

Laß dich nicht niedergewingen!  
Wir bleiben treu und hold  
Auch in dem schwersten Ringen  
Der Fahne schwarz-rot-gold!  
Und mögen sie nur toben:  
Wir drehen dir den Strick!  
Du hörst ein Volk geloben:  
Uns bleibt die Republik! —

\*

Anmerkung des Verfassers:  
Alle Rechte, auch das für die Komposition sind dem „Proletarier“-  
Verlag mit dem Abdruck des Liedes vorbehalten.

Eine andere Erscheinung verdient noch Erwähnung. Seit Wochen konnte man beobachten, daß die Agitation der Rationalsozialisten eifrig bemüht ist, in den Reihen der Arbeiterschaft festen Boden zu gewinnen. Richtet sich diese Agitation angeblich gegen die unsächtige Regierung, so darf nicht übersehen werden, daß der tiefere Zweck dahin geht, die republikanische Verfassung zu beseitigen. Damit richtet sich die schärfste Spitze dieses Kampfes auch gegen das festeste Bollwerk der Republik, gegen die Gewerkschaften. Sache der Gewerkschaftsgenossen muß es deshalb sein, die Demagogie der Rationalsozialisten zu entlarven.

Aus alledem ergibt sich, daß die Arbeiterschaft zunächst keiner rosen Zukunft entgegensteht, um so notwendiger wäre aber ihre Einigkeit. Leider ist die seit über drei Jahrzehnten einige freie Gewerkschaftsbewegung vielerorts zerrissen worden, von Leuten, die bereit sind, morgen auch die deutsche Republik zu zerstören.

### Gewerkschaftsangehelliger oder kommunistischer Parteiangehelliger?

Wenn unsere Mitglieder in den Zahlstellen, die vom Gewerkschaftswesen etwas verstehen, nicht sehr auf dem Posten sind und die Augen aufmachen, kann es ihnen passieren, daß sie bei Anstellung eines Geschäftsführers als Marionetten der kommunistischen Partei fungieren. Sie glauben für den Verband eine Kraft gewonnen zu haben, in Wirklichkeit haben sie für die kommunistische Partei eine Kraft freigestellt. Ein solcher Fall hat sich in Speier (Rheinpfalz) ereignet. Die Zahlstelle Speier ist eine der ältesten, aber die alten erfahrenen Mitglieder haben leider vor den kommunistischen Schwadronieren die Segel gestrichen und den Nichtswissern das Organisationsfeld überlassen, statt sich zu sammeln und das Phrasentum zurückzudrängen.



Arbeiter und ihrer Familien unbedingt notwendig ist und von der Industrie getragen werden kann.

Die Löhne der chemischen Industrie sind nach Angabe der Unternehmer anderer Industriezweige viel zu hoch und tragen zum Ruin der gesamten deutschen Wirtschaft bei. Wie solche falschen Anschauungen zustande kommen und verbreitet werden, beweist folgender Vorgang: der uns zufälligerweise bekannt geworden ist. Die Regierung, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und vielleicht auch andere Stellen führen Statistik über Löhne typischer Arbeiter der verschiedenen Industrien. Bei der Aufnahme einer solchen Statistik wurde nun von einer untergeordneten Stelle im Industriegebiet Rheinland-Westfalens als typischer Lohn für die Arbeiter der chemischen Industrie der Lohn eines Metallarbeiters in der chemischen Industrie eingeführt, der etwa 15 Prozent über dem Lohn gelernter Metallarbeiter stand, weil die betreffende Firma gezwungen war, dem einen Metallarbeiter einen solchen hohen Lohn zu bieten, weil der Bergbau und andere Betriebe des Bezirks die gelernten Metallarbeiter an sich zogen, daß aber für die chemische Industrie solche nicht zur Verfügung standen. Dieser ausnahmsweise hohe Lohn eines einzigen gelernten Metallarbeiters wurde nun in der Regierung als typischer Lohn chemischer Arbeiter registriert und fand den Weg in die Öffentlichkeit mit dem Erfolg, daß die ganze Industrie gegen die chemische Industrie aufgebracht wurde, die angeblich Löhne zahlte, die in Wirklichkeit nicht bestanden.

Nachdem einmal durch eine unverantwortliche Ungeschicklichkeit der betreffenden Regierungsstelle diese falschen Lohnangaben in die Welt hinausgingen, können und wollen die Unternehmer nicht einsehen, daß die in der chemischen Industrie gezahlten Löhne nicht nur notwendig sind, sondern hinter den Unterhaltungskosten erheblich zurückbleiben. Der Sturm ist aber einmal entfacht, und viele Unternehmer der chemischen Industrie selbst laufen gegen den Tarif Sturm, weil sie glauben, ohne Anerkennung des Tarifes billiger abzukommen. Was Jammern über die hohen Löhne ist ja bekannt. Wir wollen aber einmal an einem Beispiel zeigen, welchen Einfluß die Lohnhöhe auf den Preis des fertigen Produktes hat, vor allem, wenn es sich um Industrien handelt, in deren Fertigprodukten nur ein geringer Teil vom Arbeitslohn enthalten ist.

Ein prominenter Vertreter der Lackindustrie erklärte, daß der Lohn in der chemischen Industrie wieder einmal um 60 Prozent gestiegen sei. Die Lackindustrie muß bei einer solchen Lohnsteigerung zugrunde gehen. Kurz vorher erklärte derselbe Herr, daß der Arbeitslohn nur ein Prozent vom Gesamtpreis des Produktes ausmache. Die angeblich eingetretene sechzigprozentige Lohnerhöhung würde in diesem Falle also nur eine Preissteigerung des Produktes um 0,6 Prozent oder auf 100 Mark 60 Pfennig ausmachen. Damit dürfte der Beweis erbracht sein, daß die Lohnhöhe für die Lackindustrie nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Derselbe Herr kehrte aber wegen dieser Lohnerhöhung dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie den Rücken.

Wir sind nun in der glücklichen Lage, die beiläufigen Angaben des betreffenden Lackfabrikanten nachzuprüfen. Uns liegt einwandfreies Material vor, wonach sich der Gesteigungspreis eines Kilo Lackes auf 3,55 Goldmark stellt. Der Verkaufspreis beträgt 4,75 Goldmark, währenddem auf Arbeitslohn nur 0,03 Mark entfallen. In diesem Falle beträgt die Lohnsumme vom Gesteigungspreis nur 0,84 Prozent, vom Verkaufspreis nur 0,63 Prozent. Drei andere Lacke oder Lackfarben liegen in der Preislage von 4,02, 2,97 und 2,20 Goldmark im Verkauf. Die Gesteigungskosten bewegen sich zwischen 3,02, 2,22 und 1,65 Goldmark. Der Anteil des Arbeitslohnes beträgt in allen Fällen pro Kilo 0,03 Goldmark, so daß er bei den Gesteigungskosten 1 Prozent, 1,35 Prozent resp. 1,8 Prozent ausmacht. Dagegen ist die Verhältniszahl bei dem Verkaufspreis 0,74, 1 und 1,4 Prozent. Nehmen wir nun an, die von den einzelnen Firmen hergestellten Lackfarben würden sich gleichmäßig um die von uns angegebenen höchsten und niedrigsten Preise gruppieren, so würde der Arbeitslohn im Durchschnitt 1,25 Prozent der Gesteigungskosten und 0,94 Prozent der Verkaufspreise ausmachen. Wenn auf Grund dieser tatsächlichen Unterlagen die Lackindustrie angibt, durch die Lohnentwicklung in der chemischen Industrie konkurrenzunfähig zu werden, so ist das eine glatte Unwahrheit, die niedriger gebannt werden muß.

**Papier-Industrie**

**Gescheitert.**

Das neue Jahr hat der Arbeiterschaft bittere Enttäuschungen gebracht und deren Geduld auf eine harte Probe gestellt. Schon vor Ablauf des alten Jahres stand jedem wirtschaftlich und politisch denkenden Deutschen die Erkenntnis klar vor Augen, daß die Bemühungen der Regierung Cuno, eine Stabilisierung der deutschen Währung zu erreichen, an dem unverständlichen, wirtschaftlich nicht zu verantwortenden „siegreichen Startplan“ Frankreichs scheitern.

In Erkenntnis der Sachlage, daß nur durch weitgehendes Entgegenkommen der bestehenden Klasse an die Not des Volkes eine größere Zerküftung der deutschen Volksgenossen vermieden werden kann, hat die Regierung Cuno die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmern aufgefordert, weitere Opfer im Interesse des Volkes zu bringen. Die Unternehmerorganisationen haben sich in diesem Sinne der Reichsregierung verpflichtet.

Wie sieht nun diese Opferfreudigkeit der Kapitalisten in Wirklichkeit aus? Nichts als Worte, die ihnen keinen Pfifferling kosten, haben sie für die Not des deutschen Volkes, für den Hunger der Arbeiterklasse übrig!

Ein Skandal ist es, wie die neueste Knebelung der deutschen Republik durch Frankreich von der bestehenden Klasse zugunsten ihres Sentels ausgenutzt wird. Der Tanz aller deutschen Prozentpatrioten an der Börse und mit Hilfe der Banken um ausländische Devisen haben eine weitere Entwertung der Mark und ein Hochschwellen des Dollars sowie der anderen fremden Valuten bewirkt. Und dieses kapitalistische Theater findet täglich seine Wiederholung und Fortsetzung auch im Handel der Industriepapiere.

Als Folge dieser „kapitalistisch-vaterländischen Finanzwirtschaft“ steigt das Preisthermometer fieberhaft in die Höhe.

Die Kosten dieser wirtschaftlichen Wahnsinns politik soll abermals die bereits unterernährte und halb verhungerte Arbeiterklasse tragen. Recht deutlich kommt der vielgepriesene Opferinn des Unternehmertums bei den Lohnverhandlungen zum Ausdruck, die bis jetzt im neuen Jahre stattgefunden haben. Ein Blick in den wirtschaftlichen Teil der Tageszeitungen genügt. Unruhe unter den Bergarbeitern, den Metall-, Holzarbeitern usw., tiefgehende Unzufriedenheit unserer Staatsarbeiterschaft, den Staats- und Privatbeamten, Streikabschlüssen in dieser und jener Industrie, alle Aufregung nur wegen der unzureichenden Lohn- und Gehaltszulagen im Monat Januar. Was gleiche trifft in weitgehendem Maße auch für die Lohnverträge und für die Arbeiterschaft in der Papiererzeugungs-Industrie zu.

Es scheint, als ob die Unternehmer sich zum Kampfe gegen die Gewerkschaften und die in diesen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen verschoren hätten. Diesen Eindruck haben die Arbeitnehmervertreter des Tarifamtes der Bunt- und Chromopapier-Industrie gleichfalls schon seit einigen Monaten. Zur Feststellung der Wahrheit sei gesagt, daß der größte Teil der Arbeitgebermitglieder des Tarifamtes und deren Vorsitzender bis zum Ende des vorigen Jahres bereit waren, Konflikte mit der Arbeiterschaft zu vermeiden, und daß bis dahin eine leidliche Verständigung mit den Unternehmern möglich war, um Lohnabschlüsse zu tätigen, die zwar das volle Wohlgefallen der Arbeiterschaft nicht fanden und infolge der Preisentwicklung auch nicht finden konnten, die es den Arbeitervertretern im Tarifamt aber immerhin noch ermöglichen, ihre Zustimmung zu diesen Abschlüssen zu geben und zugunsten derselben ihr Wort bei der Arbeiterschaft in die Waagschale zu werfen.

Seit Dezember vorigen Jahres scheint aber auch im Tarifamt der Bunt- und Chromopapier-Industrie der Geist des Deutschen Arbeitgeberverbandes eingezogen zu sein, jener Geist, der es fertig bringt, Familiensäter vor dem Weihnachtsfeste brutal auf das Straßengpflaster zu werfen, jener Geist, der den Kampf mit der Arbeiterschaft bis auf das Messer predigt, jener Geist, der dem Nachgefühle eines Poincaré so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen.

Zum zweiten Male soll das Reichsarbeitsministerium über die Lohnhöhe entscheiden. Diesmal auf Antrag der Unternehmer, da die Arbeitnehmervertreter ihre Zustimmung zu dem ungenügenden Arbeitgeberangebot nicht geben konnten. Das Reichsarbeitsministerium soll einen Spruch fällen, der den Frieden in der Bunt- und Chromopapier-Industrie für den Monat Januar sichert. Wir wünschen Glück zu diesem Beginnen und hoffen, daß der Spruch die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft befriedigt.

Ob es auch in Zukunft den Gewerkschaften gelingen wird, den Wirtschaftsfrieden in der Bunt- und Chromopapier-Industrie anrecht zu erhalten, bis nach Tagen und Wochen mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums ein Spruch gefällt wird, wollen wir heute unerörtert lassen. Eines aber möchten wir den Unternehmern der Bunt- und Chromopapier-Industrie zu bedenken geben, daß auch die Liebe der Arbeiterschaft zur Arbeit und zur Produktivität durch den Mogen geht. Um diese Liebe nicht erlöschen zu lassen, dazu bedarf es keiner Liebeschwüre der Unternehmer über deren Wohlwollen für ihre Arbeiterschaft, sondern zum Leben ausreichende Löhne. Werden diese von den Unternehmern in einschüchternder Weise nicht auf dem Wege der Verhandlungen über das Tarifamt gewährt, so werden sich die Bunt- und Chromopapierarbeiter die zum Leben notwendigen Lohnsätze erkämpfen müssen. Diesen Kampf zu vermeiden, ist nicht nur Aufgabe der Gewerkschaften, sondern in erster Linie der Unternehmer, in deren Händen die Leitung der deutschen Wirtschaft heute noch liegt. G. Stähler.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Hier mit dem Maschinenschutzgesetz!**

Von Ob.-Ing. Urban, Berlin W 15.

**II.**

Durch alle in der Angelegenheit reichsgesetzlicher Regelung des Maschinenschutzes gebrachten Veröffentlichungen zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke hindurch, daß die bisher zum Schutze der Arbeiter unternommenen Schritte bei weitem nicht ausreichen, daß aber auch die vom Verbands der deutschen Berufs-genossenschaften und dem Verein deutscher Maschinenbauanstalten ins Leben gerufenen und geleiteten Arbeitsgemeinschaften für Unfallverhütung zur Bannung der Maschinengefahr nicht zu der Annahme berechtigen, den Ruf nach dem Maschinenschutzgesetz verstummen zu lassen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgemeinschaft wohl dazu befähigt sein kann, ersprießliche Vorarbeit für das Gesetz zu leisten, daß sie aber, da besonders in ihnen die Vertreter der Maschinenindustrien die beinahe allein ausschlaggebende Rolle spielen, nun und nimmer dazu imstande ist, den gesetzlichen Zwang zum Maschinenschutz überflüssig zu machen. Wie sehr ich aber zu dieser Annahme berechtigt bin, wird aus folgendem ersichtlich:

Anfang 1922 fanden auf Veranlassung des Verbandes der deutschen Berufs-genossenschaften in der Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung Beratungen über Aufstellung von Leitfäden für Maschinen der verschiedensten Industrien statt. In einer am 20. April 1922 veranfaßten Versammlung habe ich der Auffassung Ausdruck gegeben, daß eine große Zahl der allfälligen vorkommenden tödlichen und schweren Transmissionsunfälle, die sich beim Auf- und Abwerfen von Antriebsriemen ereignet, beim Vorhandensein von Ausrückvorrichtungen an den Arbeitsmaschinen verhindert werden könne. Im Verfolg dieser Ausführungen verlangte ich denn von der Maschinenindustrie ihre Einverständnis-erklärung zur Anbringung bzw. Mitlieferung von Ausrückvorrichtungen an jeder durch Riemen angetriebenen Maschine. Auffallenderweise wurde dieser Forderung vom anwesenden Vertreter des Vereins deutscher Mühlenbauanstalten, Sig. Charlottenburg, entgegengetreten; und das geschah, trotzdem bekanntgegeben worden war, daß sie zum Schutze der Arbeiter erlassene Unfallverhütungsvorschriften der Nahrungsmittel-Industrie und die anderer Berufs-genossenschaften seit 30 und mehr Jahren entsprechende rechtsverbindliche Bestimmungen enthalten! Später zog der Herr Vertreter der Mühlenbauanstalten erfreulicherweise seine Einwendungen zurück und erklärte sich bereit, sowohl für Anbringung eines Schutzes am Walzenlauf, der ebenfallsordert wurde, als auch für Beschaffung einer Ausrückvorrichtung Sorge tragen zu wollen.

Es stellte sich aber heraus, daß trotzdem noch nach vor unter anderem mehr Walzenstühle ohne Ausrückvorrichtung und ohne Schutzrost am Walzeneingriff geliefert wurden. Ich wandte mich daher im Mai, Juli und November 1922 beschwerdeführend an eine der in Frage kommenden Firmen des Mühlenbaues, von der ich dann auf eine für diese Ungelegenheit in Aussicht genommene Sitzung des Vereins deutscher Mühlenbauanstalten hingewiesen und vertriebt wurde. Anfang November 1922 hat nun die Zentralstelle für Unfallverhütung des Verbandes der deutschen Berufs-genossenschaften (Leiter Gewerbeassessor Michels), im Bunde mit dem Verein deutscher Maschinenbauanstalten die in der Sitzung vom 20. April beratenen und für den Maschinenbau der Nahrungs- und Genussmittel- und chemischen Industrie in Frage kommenden Leitfäden herausgebracht. § 1 der mir gedruckt vorliegenden Bestimmungen lautet:

„Jede Maschine mit Kraftantrieb muß eine Vorrichtung haben, durch die der Bedienende sie rasch und sicher ausrücken kann. Die Ausrückung muß mit einer selbsttätig wirkenden Sicherung gegen zufälliges Eintreten versehen sein.“

§ 15 für Mühlen hat folgende Fassung: „Nebeneinanderliegende Walzen sind über dem Einzuge mit festen Koffen zu versehen. Erläuterung: Diese Vorschrift erstreckt sich auch auf übereinander und diagonal liegende Walzen.“

Hiernach war die dem Verein deutscher Maschinenbauanstalten angehörende Gruppe der Mühlenbauanstalten, deren Geschäftsführer Generalleutnant z. D. Wolff (Charlottenburg) ist, dazu verpflichtet, Walzenstühle nur mit vorschriftsmäßiger Ausrückvorrichtung und ausreichendem Walzenschutz zu bauen und zur Ablieferung zu bringen! Aus der nachfolgend wiedergegebenen, mir unter dem 28. November zugegangenen Mitteilung ist aber ersichtlich, daß die gesamte Industrie gar nicht daran denkt, ihre Maschinen auf Grund der Leitfäden zu bauen. Das Schreiben lautet:

„Vertreter des Ausschusses der Reichsmüllerverbände, des Verbandes deutscher Mühlenbauanstalten und der mülkerischen Arbeitnehmer haben sich in einer Sitzung am Donnerstag, dem 23. November d. J., in der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung zu Berlin mit den vom Fachauschuss des Verbandes der Berufs-genossenschaften aufgestellten Richtlinien für Unfallverhütung an Walzenstühlen beschäftigt.“

Der Ausschuss kam zu folgender Entschlieung:

- 1. Die Leerscheiben und Ausrückvorrichtungen.

Diese Forderung ist aus nachstehenden Gründen grundsätzlich abzulehnen. Bei den Walzenstühlen sind hauptsächlich drei Unfallmöglichkeiten zu nennen:

- a) Quetschunfälle durch Hineingeraten der Hand zwischen die Mahlwalzen;
- b) Quetschunfälle durch Hineingeraten zwischen die Zahnräder, welche die Walzen verkuppeln,
- c) Unfälle beim An- und Abwerfen des Antriebsriemens des Walzenstuhles.

Zu a und b. Der Unfall kann durch eine Ausrückvorrichtung überhaupt nicht verhindert werden.

Zu c. Das An- und Abwerfen des Riemens würde sich durch eine Ausrückvorrichtung erledigen, so daß ein Unfall bei diesem Vorgange vermieden würde. Grundsätzlich werden aber die Antriebsriemen der Walzenstühle im regelrechten Betrieb nicht abgeworfen, sondern die Riemen bleiben ständig, auch beim Leerlauf des Walzenstuhles, an ihrer Stelle.

- 2. Die Anbringung von Schutzrosten vor den Mahlwalzen

Soweit die Möglichkeit des Hineingeratens der Hand zwischen die Mahlwalzen durch die Konstruktion des Stuhles gegeben ist, stimmt der Ausschuss der Forderung zu, weil der Quetschunfall nach Fall a dadurch tatsächlich verhindert wird, was bei der Ausrückvorrichtung nicht der Fall wäre.

Die Möglichkeit, die Einzugsstelle der Mahlwalzen zu erreichen, ist bei senkrecht oder nahezu senkrecht über-

